

BELP Das Schloss will er nicht, wohl aber den dazugehörigen Umschwung: Belps Gemeinderat unterbreitet dem Kanton ein Kaufangebot. Seite 28

BERN

Erleben Sie Respekt und Würde.
Tel. 031 990 75 75

senecasita
Betreutes Wohnen im Alter **westside**

Unmut über «Vorstossflut»

Mit diversen Forderungen an den Staat in der Wirtschaftskrise hat die grossrätliche SP eine **Sondersession** angestossen

Nicht alle Parteien zeigten sich begeistert über das Dutzend Vorstösse aus dem Lager der SP, in welchen diese mit staatlichen Massnahmen mehr Arbeitsplätze schaffen will. Die Debatte war am Ende auch eine verkappte Steuerdebatte.

MIREILLE GUGGENBÜHLER

Zu Beginn der zweiten Sessionswoche des Grossen Rats setzte sich das Kantonsparlament in einer mehrstündigen Sondersession mit der Lage der Wirtschaft im Kanton Bern auseinander. Im Zentrum der Sonderdebatte stand ein ganzes Paket an Vorstössen aus der SP-Fraktion (vgl. Box). Das Ziel aller Vorstösse: mithilfe diverser staatlicher Massnahmen mehr Arbeitsplätze schaffen. Zu Beginn der Debatte gab Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher (sp) eine Erklärung des Regierungsrats zur Wirtschaftslage ab (vgl. Text unten). Diese Erklärung wurde sowohl von der Linken wie der Rechten im Rat gut aufgenommen.



«Tausende werden auch im Kanton Bern betroffen sein»: Regierungsrat **Andreas Rickenbacher** eröffnet die Sonderdebatte. BEAT SCHWEIZER

Eine «Vorstossflut»

In der Eingangsdebatte zeigten sich die Bürgerlichen indes dann nicht besonders erfreut über die «Vorstossflut» aus dem Lager der SP. Die Vorstösse überzeugten FDP-Fraktionschef Adrian Haas (Bern) nicht: «Ich bin mir von der SP Besseres gewöhnt – mit den Vorstössen werden keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern Leute in der Verwaltung beschäftigt.» Auch SVP-Fraktionschef Peter Brand (Münchenbuchsee) konnte den Vorstössen nicht viel abgewinnen: «Die Vorstösse haben nicht allzu viel Fleisch am Knochen.» Man könne der SP fast vorwerfen, dass sie sich mit der Lage der Arbeitnehmer nur profilieren wolle, so Brand. Dieter Widmer (Wanzwil), Chef der BDP-Fraktion, sah dies ähnlich: Mit einer solchen Menge von Forderungen an den Staat wolle die SP wohl beweisen, dass sie sich als einzige Partei Sorgen um die Arbeitsplätze mache.

Die SP wehrte sich gegen den Vorwurf, sich mit den Vorstössen profilieren zu wollen. «Wir bilden uns nicht ein, mit dem Paket eine Wende herbeiführen zu können», sagte Bernhard Antener (Langnau). Aber gerade auf bürgerlicher

Seite seien Rezepte rar. Und Gewerkschaftssekretär Corrado Pardini (sp, Lyss) riet den Bürgerlichen, sich bürgerliche Parteien in anderen Ländern zum Vorbild zu nehmen. Diese hätten erkannt, dass es nur zusammen mit dem Staat gelingen könne, die Krise zu bewältigen. Bereits in der Eingangsdebatte kristallisierte sich heraus, was sich

auch bei den späteren Diskussionen zeigen sollte: Einerseits machten die Bürgerlichen klar, dass aus ihrer Sicht staatliche Eingriffe in die Wirtschaft falsch seien, die Linke wiederum ging vom Gegenteil aus. Andererseits war die ganze Debatte auch eine verkappte Debatte um die Frage, inwieweit Steuersenkungen im Kanton Bern im Allgemei-

nen und gerade auch in der Krise nötig sind.

Für SVP-Sprecher Peter Brand etwa war klar: «Konjunkturspritzen sind kaum oder nur sehr spät spürbar, aber Steuersenkungen bringen etwas. So steht dem Einzelnen mehr Geld zur Verfügung.» Namens der SP kritisierte Bernhard Antener dieses Rezept: «Beijederpassenden und un-

passenden Gelegenheiten fordern die Bürgerlichen Steuersenkungen.»

Einbau einer Bremse

Wohl um die Steuersenkungsgelüste der Bürgerlichen stoppen zu können, hatte die SP in ihrer ersten Motion – und der «wichtigsten», wie Fraktionschefin Margreth Schär (Lyss) betonte – versucht, eine Steuersenkungsbremse einzubauen. Die SP wollte mit dieser Motion den Regierungsrat nämlich beauftragen, auf Steuersenkungen zu verzichten, «solange Konjunkturstützungsmaßnahmen des Kantons zur Erhaltung der Arbeitsplätze nötig sind». Vor der Abstimmung über die Motion zog Schär indes just diesen Punkt aus der Motion zurück.

Alle weiteren Motionen der SP hatten ebenfalls einen schweren Stand. Entweder wurden sie angenommen und gleichzeitig abgeschrieben, in der unverbindlicheren Form des Postulats überwiesen oder gleich abgelehnt. Mit Stichtentscheid von Ratspräsidentin Dorothea Loosli (grüne, Detligen) angenommen wurde die Motion von Andrea Lüthi (sp, Wynigen), die einen Bericht zur Förderung von Nischenarbeitsplätzen verlangt.

SP mit buntem Strauss an Vorstössen

Mitte Januar hat die SP/Juso-Fraktion des Grossen Rates vierzehn Vorstösse unter dem Obertitel «Mehr Arbeitsplätze» eingereicht. Gleichzeitig verlangte sie, diese Vorstösse seien in einer Sondersession Wirtschaft im Rahmen der Märzsession zu behandeln. Diese Sondersession ist gestern abgehalten worden – zugelassen wurden schliesslich elf Vorstösse: sechs Motionen, ein Postulat und vier Interpellationen.

Bis auf die Interpellation von Sylvain Astier (fdp, Moutier) zum Konjunkturplan für den Kanton Bern stammten sämtliche gestern behandelten Vorstösse aus

der SP/Juso-Fraktion. Diese befassten sich mit der allgemeinen Wirtschaftslage, mit Wirtschaftsförderung sowie mit speziellen Arbeitsplätzen – etwa für sozial benachteiligte Menschen, Lehrlinge oder junge Berufsleute.

In ihrer ersten Motion forderte die SP/Juso-Fraktion, der Regierungsrat müsse jene Rahmenbedingungen schaffen, die für die Stärkung der Wirtschaft und die Erhaltung der Arbeitsplätze im Kanton erforderlich sind. Von drei Punkten brachte sie bloss einen durch – die Massnahmen seien rasch umzusetzen. Mit den weiteren Vorstössen zielte SP/Juso auf

die Förderung der wirtschaftlichen Stärken, auf ein besseres Ausnutzen des Politzentrums Bern, auf die Schaffung eines Hauses der Verbände in Bern, auf eine Koordination der Wirtschaftsförderung mit der KMU-Förderstrategie der Kantonalbank, auf eine vermehrte Zusammenarbeit zwischen Universität Bern und Berner KMUs, auf mehr sozial abgesicherte Arbeitsplätze, auf die Förderung von Nischenarbeitsplätzen sowie auf zusätzliche Praktikumsstellen für junge Berufsleute in der kantonalen Verwaltung und in kantonalen Betrieben. (db)

«Alles Sinnvolle und Machbare tun»

Erklärung des bernischen Regierungsrats zur Wirtschaftslage

Der Regierungsrat legt vor dem Grossen Rat dar, was er angesichts der Wirtschaftskrise zu tun gedenkt. Er will die Investitionen hochhalten – und keinesfalls Steuern senken.

Die aktuellsten Zahlen zeigen, dass es weiter abwärts geht. Die neuste Wachstumsprognose für das laufende Jahr geht für den Kanton Bern bereits von minus 1,6 Prozent aus. Im Januar rechneten die Prognostiker erst mit minus 0,4 Prozent. In seiner Erklärung zur Sondersession Wirtschaft von gestern Nachmittag legte der rot-grün dominierte Regierungsrat dar, wie er dieser Krise zu begegnen gedenkt. Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher (sp) präsentierte

dem Grossen Rat über weite Strecken das, was die Regierung bereits im März bei der Präsentation des Rechnungsabschlusses 2008 verlauten liess («Bund» vom 11. März) – einfach mit noch düsteren Zahlen.

In welchem Ausmass die globale Krise auch auf den Kanton Bern durchschlägt, zeigt sich am Anstieg der Gesuche nach Kurzarbeit (siehe Grafik). Diese Gesuche stiegen im Moment massiv an, sagte Rickenbacher. Aber auch die Arbeitslosigkeit nehme bereits zu. Im Februar stieg die Arbeitslosenquote in der Schweiz auf 3,4 Prozent. Im Kanton Bern, der von der Branchenstruktur her etwas krisenresistenter ist, stieg sie im März auf 2,5 Prozent. Die neusten Prognosen gehen laut Rickenbacher von

einem Anstieg der Arbeitslosenquote in der Schweiz auf 5,2 Prozent aus. «Davon wird ganz klar auch der Kanton Bern betroffen sein», sagte er. Zahlen seien aber nur das eine, sagte er. Dahinter

stünden immer Einzelschicksale. «Tausende von Mitmenschen werden auch bei uns im Kanton Bern persönlich betroffen sein.»

Auf kantonalen Ebene gelte es, «alles Sinnvolle und Machbare» zu

tun, um die Situation auch hier zu stabilisieren. Dazu will der Regierungsrat die Wachstumsstrategie 2007 «konsequent» umsetzen und zusätzlich kurzfristige Stabilisierungsmassnahmen ergreifen. Letztere sollen vor allem dort wirksam sein, «wo die Wirtschaft am meisten leidet», und – unter anderem – einen möglichst hohen Effekt auf die Beschäftigung haben.

Regierung vor Herkulesaufgabe

Mit seiner Stabilitätspolitik gerate die Regierung aber in einen grundsätzlichen Zielkonflikt, sagte Rickenbacher. Einerseits koste es viel, die geplanten Investitionen «auf möglichst hohem Niveau» umzusetzen und die zusätzlichen Massnahmen zu finanzieren, andererseits wolle der Regierungsrat

KOMMENTAR

Belangloses Schattenboxen

DÖLF BARBEN

Die gestrige Sonderdebatte zur Wirtschaftskrise hat manche Zuhörer und wohl auch einige Grossratsmitglieder etwas ratlos zurückgelassen. Nach zwanzig Minuten war – im Rückblick betrachtet – das Wichtigste gesagt: Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher hatte in einer Erklärung des Regierungsrats dargelegt, was dieser nach Ausbruch der Wirtschaftskrise schon getan hat und weiter zu tun gedenkt.

Diese Erklärung kam im Grossen Rat gut an. Die Regierung erhielt Lob, sogar von der FDP und der SVP – und das will etwas heissen. Tatsächlich hat der rot-grün dominierte Regierungsrat mit dem bürgerlichen Finanzdirektor bei diesem Thema bisher wenig bis nichts anbremsen lassen. Mit einem rückwirkenden Steuerrabatt fürs Jahr 2008 hatte das Siebnerkollegium bereits letzten Oktober «ein positives Zeichen in schwierigen Zeiten» gesetzt und damit gezeigt, dass es willens ist, das Ruder nicht aus der Hand zu geben.

Rickenbachers Erklärung brachte zum Ausdruck, dass die Wirtschaftskrise für den Kanton Bern ein grosses, ernsthaftes Problem darstellt. Und weil ebenfalls zum Ausdruck kam, dass der Regierungsrat das, was zu tun ist, auch tut oder zu tun versucht, schien alles, was danach noch folgte, ein bisschen belanglos zu sein. Und das waren all die Vorstösse der SP/Juso-Fraktion.

Nicht ganz zu Unrecht musste die Fraktion, welche die Sondersession angestrengt hatte, einigen Spott über sich ergehen lassen – BDP-Grossrätin Therese Bernhard etwa sprach von einer «Brainstorming-Lawine»: Die Vorstösse wirkten in der Tat unkoordiniert, teilweise etwas gesucht und angesichts der Wucht der Krise auch etwas hilflos. Es war, als würde in einer Firma, die von der Schliessung bedroht ist, darüber diskutiert, ob man aus Spargründen nicht das Papier beidseitig bedrucken könnte.

Ausserdem wurden wichtige Dinge, über die der Grosse Rat noch wird entscheiden müssen, gestern vorsorglich ausgeklammert. Als sich abzeichnete, dass die SP/Juso mit ihrer Forderung, während einer Krise wie dieser seien Steuersenkungen unzulässig, Schiffbruch erleiden würde, zog sie diesen Punkt einfach zurück. Viel mehr als müdes Schattenboxen war gestern im Rathaus nicht zu beobachten.

